

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer
Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

„Darum wird es uns zur Kraft, wenn wir uns erinnern, was geschehen“ – 20 Jahre Mauerfall im Erzbistum Berlin

Vortrag vor dem Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin am 10. Oktober 2009

Menschen leben vom Erinnern. Erinnerung gibt Rat und Orientierung in dem, was wir täglich erfahren. Es ist eine Wegkarte, die uns sagt, woher wir kommen, und die uns erwarten lässt, wohin wir gehen. Wer seine Erinnerung verliert, wird hilflos. Darum ist uns Erinnerung so kostbar. Ist Erinnerung darum auch immer schön? Von Jean Paul stammt das bekannte Wort, die Erinnerung sei das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können. Das ist gewiss wahr, aber es ist nur ein Teil der Wahrheit. Denn Erinnerung kann uns auch peinigen und bedrücken. Im jedem Fall berührt uns Erinnerung in unserem Innern. Das unterscheidet Erinnerung vom Gedächtnis. Das Gedächtnis ist, wie uns ja heute auch eine technische Metapher sagt, ein Speicher – ein Speicher angesammelten Wissens – mehr oder weniger gefüllt, mehr oder weniger vollständig, mehr oder weniger gut sortiert. Was es enthält, ist nützlich, wenn man es parat, und ärgerlich, wenn man es vergessen hat. Aber das Gedächtnis bezieht sich auf die äußere Welt und ist deren Reflex. In unserer Erinnerung sind wir dagegen immer selbst ein Handelnder oder ein Betroffener und meist beides. Denn es ist ja unser Leben, dessen wir uns erinnern. Erinnerung ist immer wertend und also subjektiv.

Auch ich spreche hier und heute als ein sich persönlich Erinnernder. Das mag wie eine Platttheit klingen und ist dennoch nötig zu betonen. Denn auch wenn Erinnerung stets persönlich und subjektiv ist, so kommt sie doch nicht aus einem leeren Raum, so wie wir ja auch selbst nicht allein auf der Welt sind. Es ist die von uns erlebte Welt, welche die Bühne unserer Erinnerung ist und diese Bühne bevölkert. Und auf dieser Bühne sind wir Menschen nur sehr selten der Stückeschreiber und Regisseur. Kommen die sich Erinnernden von der gleichen Bühne, dann mag das ohne Belang sein. Aber in diesem Diözesanrat sind zwei unterschiedliche Erinnerungswelten versammelt. Es ist ja gerade ein wesentlicher Grund, warum wir heute hier tagen und feiern, dass sich nach langer und bitterer Teilung in dieser Stadt und in diesem Land jahrzehntelang getrennte Erinnerungswelten wieder zusammen gefunden haben. Das ist ein Grund zu großer Freude, aber auch zu wechselseitiger Behutsamkeit und Aufmerksamkeit. Denn natürlich passen die Teile nicht zueinander. Und trotz allem Bemühen bleibt uns auch in der Erinnerungswelt des früher anderen Teils Berlins und Deutschlands nicht wenig fremd, unvertraut und unverständlich. Das wird mir immer wieder neu bewusst, wenn Menschen aus der einen Erinnerungswelt über das Leben in der anderen Erinnerungswelt urteilen.

Für uns Deutsche sind die Jahre 2009 und 2010 ganz gewiss zunächst einmal Feste des gemeinsamen Erinnerns. 1989 war das Jahr der revolutionären Wende zur Freiheit. 1990 war das Jahr des Weges zur deutschen Einheit. Damit wurde aus dem geteilten Land wieder ein gemeinsames Land. Und die beiden Erinnerungswelten konnten und können wieder zusammenwachsen. Damit das gelingt, müssen wir uns aber mühen, die Erinnerungen der Anderen so gut wie möglich zu kennen und zu verstehen. „Erzähl mir Deine Geschichte“ lautete ein Motto auf dem Katholikentag 1992 in Karlsruhe. Wer will bestreiten, dass es in den Jahren 1989 und 1990 vor allem die Deutschen in Ostberlin und in der DDR waren, die sich zur Freiheit und Einheit auf den Weg machten – erst zur Freiheit und dann in der Freiheit zur Einheit, und nicht, wie nicht wenige im Westen meinen, durch die Einheit zur Freiheit. Die Deutschen im Osten waren es vor allem, welche die Bewegung der Geschichte erlebten. Und sie gehörten zu jenen, welche die Geschichte bewegten. Daher hoffe ich, dass viele von ihnen in diesen beiden Jahren selbst das Wort ergreifen und das Erinnern nicht anderen überlassen.

Wo soll ich beginnen mit meinem Erinnern? Es geht ja, trotz aller Subjektivität des Erinnerns, bei unserem heutigen Thema nicht um persönliche Erlebnisse, sondern um das eigene Erleben von Geschichte. Wie haben wir Geschichte erlebt? Ganz unausweichlich stellt sich dann die Frage: Wann beginnen jene geschichtlichen Entwicklungen, die das Geschehen der Jahre 1989 und 1990 vorbereiteten und in einem gewissen Sinne darauf zuliefen? Naturgemäß ist das immer auch die Frage nach den handelnden Personen. Ein junger Historiker aus dem Westen unseres Vaterlandes, Andreas Rödder, hat unlängst seine Geschichte der Wiedervereinigung mit der Behauptung begonnen: „Am Anfang war Gorbatschow“. Rödder ist gewiss ein lesenswertes Buch gelungen, aber dieser Satz ist natürlich großer Unsinn. Gorbatschow wollte ein Herrschaftssystem wieder neu begründen und dessen Idee wieder Glanz verleihen, weil er nur so hoffen konnte, in der Dynamik der Geschichte noch Aussicht auf Bestand und Überleben zu haben. Aber diese Geschichte wurde auch in seinem Herrschaftssystem nicht mehr nur von den kommunistischen Führungen, sondern längst auch von anderen bewegt. Indem Gorbatschow seinerseits auf Wandel und Erneuerung, freilich in seinem Verständnis, setzte, wurde er zum faktischen Verbündeten jener, die längst einer anderen Hoffnung vertrauten oder seine Hoffnung nie geteilt hatten. Wenn man einen einzelnen Menschen nennen kann, der die geschichtliche Bewegung mit voranbrachte, dann war das Johannes Paul II., der Papst aus Polen. Eben weil er schon vorher in Polen zu jenen gehörte hatte, welche die Botschaft Jesu Christi und die Hoffnung auf Freiheit lebendig hielten, konnte er als Papst zum wichtigen Verbündeten aller werden, welche den wirklichen, den fundamentalen Wandel wollten – nicht nur in Polen, sondern durch die Kraft des polnischen Beispiels auch in weiteren Ländern des sowjetischen Herrschaftssystems.

Wer über die Vorgeschichte der revolutionären Wende im Herbst 1989 spricht, müsste eigentlich unmittelbar nach dem Kriegsende beginnen – mit dem raschen Sterben der Hoffnung auf Freiheit im Osten Deutschlands und Europas, mit den immer neuen Aufständen und Rebellionen, dem 17. Juni 1953 in der DDR, dem Posener Streik von 1956, dem ungarischen Aufstand von 1956, dem Prager Frühling von 1968, dem Streik auf der Danziger Werft im Jahre 1980, um nur die wichtigsten zu nennen. Das wäre auch darum angemessen, weil das Handeln im Jahre 1989 überhaupt nicht zu verstehen ist ohne die Erfahrungen aus diesen Ereignissen, die ja meist bittere und blutige Niederlagen waren. Man müsste ausführlich sprechen über die Geschichte des Widerstandes, des Aufbegehrens, der Versuche zur Eigenständigkeit und des Artikulierens und Praktizierens von Dissens und Renitenz in der DDR. Man müsste jene Elemente von Gegenöffentlichkeit behandeln, welche die Allmacht der politisch-ideologischen Diktatur während dieser Jahrzehnte immer wieder relativierten – einerseits die christlichen Kirchen als Orte der Unabhängigkeit und als Schutzräume des freien Wortes und andererseits das immer wieder neue Aufbegehren und die kritische Widerständigkeit in Werken der Kunst und Literatur. Deren Wirkung auf die geistige Atmosphäre in der DDR wollen einflussreiche Leute im Westen bis heute nicht begreifen, wie mal wieder die skandalöse Ausstellung „60 Jahre – 60 Werke“ demonstrierte, wo Künstler aus dem Osten Deutschlands demonstrativ nur für die Zeit nach 1990 Aufnahme fanden. Zu würdigen wäre der Mut evangelischer Christen auf ihren regionalen Kirchentagen, die Bewegung „Schwerter zur Pflugscharen“, die vor allem junge Menschen erfasste, der wachsende Bürgerwiderstand gegen die Zerstörung der natürlichen Umwelt und gegen den Verfall der geschichtlichen Denkmale und historischen Stadtbilder und noch einiges mehr. Das alles kann ich hier nicht leisten. Aber darauf wenigstens hinweisen, aus welchen Quellen die geschichtliche Bewegung von 1989 gekommen ist – das ist ein Gebot der Wahrheit und der geschichtlichen Gerechtigkeit.

Womit mein geschichtlicher Rückblick als katholischer Christ aber beginnen muss – das ist das große Katholikentreffen 1987 in Dresden unter dem Leitwort „Gottes Macht – unsere Hoffnung“. Denn dieses Ereignis führte nicht nur Hunderttausend katholische Christen für alle sichtbar zusammen, sondern es nahm durch Gesprächskreise und durch Versammlungen unter freiem Himmel bewusst Katholikentagselemente auf und erhob ganz unübersehbar einen Öffentlichkeitsanspruch – und das in einer von der SED durchherrschten und fast völlig verstaatlichten Gesellschaft. Was in jenen Tagen das Bild der Stadt Dresden bestimmte, das sah nicht aus wie eine absterbende Minderheit. Wie die evangelische Kirchentagsbewegung

mit ihren regionalen Treffen und Kongressen, so war auch das Dresdner Katholikentreffen ein deutliches Zeichen von christlicher Lebenskraft in einem Land, aus dessen Öffentlichkeit Christliches seit vierzig Jahren ganz systematisch verdrängt worden war. Am stärksten ist in meiner Erinnerung bis heute der Eindruck des großen abendlichen Gebetsgottesdienstes zu beiden Seiten der Elbe und also mitten in der Stadt. Mit dem Gang vom Neustädter Ufer über die Augustusbrücke zur Kathedrale nahm das Katholikentreffen bildhaft die künftige Überwindung von Mauern und Grenzen vorweg.

In unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Dresdner Katholikentreffen liegt in meiner Erinnerung der Entschluss zu einer Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, die dann in den Jahren 1988 und 1989 folgte. Der Gedanke an einen konziliaren Prozess, der sich den grundlegenden Themen für das Überleben der Menschheit widmen sollte, war schon länger im Gespräch. 1983 wurde er vom Ökumenischen Rat der Kirchen aufgegriffen. 1986 schlug der Dresdner Stadtökumenekreis vor, eine solche Versammlung in der DDR durchzuführen; 1987 folgte die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der DDR diesem Vorschlag. Die katholischen Bischöfe hatten sich ja lange darauf konzentriert, unsere kleine Diasporakirche zusammenhalten, nur zu bestimmten Themen und Tatsachen Gegenzeichen zu setzen und ansonsten zur herrschenden Macht auf schweigende Distanz zu gehen. Auch dies war ein deutliches Zeugnis gegenüber jedermann. Und diese Haltung ist auch von niemandem als Akzeptanz oder gar als Komplizenschaft missdeutet worden. Fraglos bewahrte sich die katholische Kirche dadurch vor mancher Illusion. Aber es brachte sie auch in die Gefahr, sich andeutende Veränderungen und verheißungsvolle Entwicklungen nicht oder erst reichlich spät zu erkennen und diese nur zögerlich zu fördern. Hier waren Amtsträger und Laien in der evangelischen Kirche ungleich mutiger und sehr viel früher bereit, eigenständigen gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen Raum und Schutz zu bieten, auch wenn diese in keinem direkten Bezug zur Kirche standen und dies deshalb innerhalb ihrer Kirche auch nicht unumstritten war. Im Jahre 1987 gab die Katholische Kirche jedoch ihre bisher bewahrte Zurückhaltung auf und schloss sich der ökumenischen Initiative an, worüber ich auch heute noch froh bin. Zu diesem Zweck gründete die Berliner Bischofskonferenz für die DDR – und m. W. einzigartig im Ostblock – eine Kommission *Justitia et Pax*, welche dann die katholischen Delegierten zu dieser Versammlung stellte.

Vor allem aber war die Ökumenische Versammlung selbst ein Ereignis, das keine Parallele im übrigen Ostblock hatte. Man könnte sie als ein Vorparlament der revolutionären Wende in der DDR ansehen. Im Februar und Oktober 1988 und im April 1989 versammelten sich in Dresden, in Magdeburg und dann wieder in Dresden 146 Delegierte aus 19 christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften zur Beratung. Ihre Diskussionen führten zur Annahme von zwölf Texten, deren Analysen und Forderungen die Problematik des Lebens in der DDR in ihrem Kern trafen. Der Gesprächsprozess, der die Arbeit der Versammlungen begleitete, erreichte eine bisher unvorstellbare Breite und Tiefe und führte zu insgesamt 13 000 Zuschriften. Diese kamen sowohl aus den kirchlichen Gemeinden selbst wie aus gesellschaftlichen Kreisen und Gruppen, die im Schutzraum kirchlichen Lebens tätig waren. Die geistige Wirkung dieses Vorgangs kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: Er etablierte eine wirkliche Gegenöffentlichkeit. Er holte demokratische und partizipatorische Prozesse, die bisher in der DDR nur noch in Synoden praktiziert worden waren, in den öffentlichen Raum zurück und hatte dadurch eine große Lernwirkung. Er stärkte die gesellschaftlichen Kreise und Gruppen, die im Schutzraum kirchlichen Lebens tätig waren. Er prägte nicht zuletzt die Friedlichkeit des kommenden revolutionären Prozesses vor und gab diesem eine geistige Dimension. Leider haben dies inzwischen viele in Deutschland wieder vergessen oder noch nie gewusst. Um so mehr ist es unsere Pflicht, immer wieder daran zu erinnern.

Selbstverständlich erklärt sich die Wirkung der Ökumenischen Versammlung aus dem geschichtlichen Prozess, in dessen Zusammenhang sie stattfand und den sie ihrerseits beförderte. Hier kann ich wieder nur kurz an unsere gemeinsamen Erinnerungen appellieren, um diese Verbindung herzustellen. Ganz generell zeichneten sich in den achtziger Jahren in der DDR zwei Tendenzen ab, welche die gesellschaftliche Situation entgegen dem Willen der

Machthabenden immer stärker bestimmten. Das waren einerseits Tendenzen der öffentlichen Kritik und des Drängens auf Reformen in der DDR. Dass sich diese meist auf die Ideale des Sozialismus beriefen und diesem ein menschliches Antlitz geben wollten, folgte aus den Überzeugungen jener, die den Mut hatten, so zu reden und zu handeln, entsprach aber auch den realen Machtverhältnissen. Was nicht wenige im Rückblick nicht oder nicht mehr verstehen, ist die Tatsache, dass eine Argumentation für Wandel und Erneuerung, die sich auf die ursprünglichen ideellen Motive des Sozialismus bezog, damit zugleich sehr wirkungsvoll die geschichtliche Legitimation der Herrschenden bestritt und interne Auseinandersetzungen bei deren Unterstützern auslöste. Die bleibende geschichtliche Leistung der Reform- und Bürgerrechtsgruppen besteht darin, geschichtliche Veränderung für eine wachsende Zahl von Menschen wieder denkbar und mithin ein solches Handeln wieder möglich gemacht zu haben. Und das zu einer Zeit, als sich auch viele im Westen Frieden nur auf der Basis des Status quo vorstellen konnten. Darum war ja auch im Westen für die meisten die deutsche Einheit kein politisches Ziel mehr. Es war die nun von diesen Gruppen in der DDR aktiv beförderte Dynamik der Geschichte, welche die deutsche Einheit wieder auf die Tagesordnung setzen sollte, auch wenn das viele von ihnen nicht beabsichtigten.

Die andere Tendenz war das immer häufigere Begehren, die DDR zu verlassen. Dafür gab es gewiss sehr unterschiedliche Gründe, aber in jedem Fall war es eine Entscheidung gegen den Sozialismus. Die Mauer war gebaut worden, um den Weg nach dem Westen abzuschneiden, was ja auch zunächst weithin gelang. Aber alles in der Welt hat seinen Preis. Der Preis der DDR dafür, international dazu gehören zu wollen, war Helsinki und der dort zähneknirschend von ihr zugestandene „Dritte Korb“, also Zugeständnisse auf dem Gebiet der Menschenrechte. Nun gab es zumindest einen Ansatzpunkt dafür, die Ausreise aus der DDR zu beantragen. Und obwohl die DDR versuchte, dies durch eine Fülle von Schikanen und groben Ungesetzlichkeiten zu stoppen, stieg die Flut der Ausreisearträge doch immer weiter. Es war wie bei jeder Flut: Um den Damm zu retten, ließ man an geeigneten Stellen etwas Wasser ablaufen. Nur dass es sich hier nicht um Wasser handelte, sondern um Menschen, die gewohnt sind, ihre Chancen zu kalkulieren. Und da gilt in solchen Fällen nun einmal die Erfahrungswahrheit: Jeder Erfolg erhöht die Aussicht auf weiteren Erfolg. Und jede größere Aussicht auf Erfolg erhöht die Zahl jener, welche einen solchen Erfolg auch für sich versuchen. Die christlichen Kirchen rieten den Menschen zu bleiben, wo Gott sie hingestellt hatte, was ich auch heute noch – jedenfalls im Grundsatz - für einen richtigen Rat halte. Zugleich waren die christlichen Kirchen oft der einzige institutionelle Ort, wo Ausreisewillige Rat und Unterstützung fanden. Dass die DDR auf diese Weise verändert würde oder zur Aufgabe gezwungen werden könnte, glaubte damals wohl niemand. Empfindlich geschwächt und politisch weiter diskreditiert wurde sie durch die Ausreisebewegung allemal. Ja, es könnte sogar sein, dass dadurch jene, welche auf ernsthafte Veränderungen in der DDR drängten, etwas mehr Bewegungsraum erhielten, weil die Verunsicherung der Herrschenden ständig zunahm und diese erkennbar zwischen Überreaktion auf eine angebliche Welt voller Klassenfeinde und Hinnahme des sich faktisch Ereignenden ständig hin- und herschwanken. Man denke nur an die Basisaktionen zur Kontrolle der sogenannten Kommunalwahlen im Mai 89, gegenüber denen die SED weithin erst einmal hilflos war, um dann durch nassforschendes Bestreiten der ja ohnehin fast jedem bekannten Wahrheit deren entlarvende und delegitimierende Wirkung noch zu verstärken.

Was taten wir im Jahre 1989? Gleich am Anfang dieses Jahres stand eine im Rückblick durchaus denkwürdige Konferenz der Dekanatsräte im Ostteil des Bistums Berlin. Das war ein halb formelles, ein bis zweimal im Jahr zusammenkommendes Gremium, das auf Initiative der Leiter des Seelsorgeamtes, zunächst Norbert Kaczmarek und dann Alfons Kluck, entstanden war und dem regelmäßigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch über die Situation im Bistum und in den Gemeinden und über die Verantwortung der Laien für eine lebendige Kirche diente. Außerdem fungierte die Konferenz als Wahlgremium für die Laienvertreter im Pastoralrat im Ostteil des Bistums. Es war diese Konferenz, welche Anfang 1989 die Pfarrgemeinderäte und Gemeindegremien eindringlich zur Beschäftigung mit den Texten der Ökumenischen Versammlung aufforderte und zugleich, gleichsam als Zielpunkt dafür, für die zweite Oktoberhälfte zu einer Versammlung aller Pfarrgemeinderäte im Ostteil des Bistums

Berlin einlud. Das sollte sich als eine sehr zukunftssträchtige Idee erweisen. Wir hatten nämlich die Aufforderung zur Textarbeit wie die Einladung zur Versammlung u.a. mit der für die damalige Situation eher ungewöhnlichen Frage verbunden, wie denn die Gemeinden in ihr öffentliches Umfeld hineinwirkten. Unter den ersten und zeitlich bald darauf folgenden Reaktionen aus den Gemeinden gab es dafür doch das eine und andere Unverständnis für den Sinn einer solchen Frage. Das sollte sich jedoch im Verlauf des Jahres erkennbar und gründlich ändern.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einfügen, dass ich in dieser Zeit auch dem Beirat der nach dem Katholikentreffen von 1987 gebildeten Studienstelle der Berliner Bischofskonferenz angehörte, die von Dr. Karl-Heinz Dücke geleitet wurde. Dort traf ich auch Laien aus anderen Teilen der DDR, und es wurde in unseren Gesprächen, insbesondere im Verlauf des Frühjahrs des Jahres 1989, erkennbar, wie viel Wunsch nach konkreter Veränderung und nach Teilhabe am öffentlich artikulierten Willen zum Wandel in der DDR es natürlich auch unter den katholischen Christen gab. Diese Haltung unterschied sich unverkennbar von der bisher überwiegend praktizierten schweigenden Distanz. Dazu kam, bei allem katholischen Realitätssinn, oft auch ein Element von Scham über unsere öffentliche Zurückhaltung im Verlangen nach Reform. Aus eigenem Erleben wusste ich, dass der Wunsch zum Handeln auch im Ostteil des Bistums Berlin zunahm. Im Spätsommer und Herbst des Jahres 1989 nahm dieser Wunsch auch greifbare Formen an. Für Ostberlin nenne ich hier das Katholische Gesprächsforum, vor allem mit Dr. Stefan Schwabe, Bernd Streich und Dr. Klaus Sieber, und die Katholische Studiengruppe Kirche und Welt mit Klaus Ullrich und Gunter Cimanowski. In Babelsberg, meiner damaligen Heimatpfarre, bildeten wir eine Katholische Laieninitiative, die dann bald auch St. Peter und Paul und die anderen Potsdamer Gemeinden einbezog. Später stellte sich für uns heraus, dass auch in Gemeinden im weiteren Teil des Bistums Katholiken darüber nachdachten, wie sie die beginnende geschichtliche Dynamik nutzen und befördern könnten. Mit Recht standen damals Initiativen aus dem Raum der evangelischen Kirche im Blickfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit. Dennoch wäre es eine Legende zu behaupten, die Katholiken seien erst aufgewacht, als bereits alle Tore offen standen.

Ein wesentliches Datum für die geschichtliche Entwicklung im Herbst 89 sind zweifellos die dramatischen Ereignisse Ende September 89 in Dresden und die Entwicklung Ende September / Anfang Oktober in Leipzig, die dann ihren Höhepunkt am 9. Oktober hatte. Denn an diesem Tag wichen nicht nur die lokalen Machthaber, sondern unverkennbar die zentrale Macht von Partei und Staat vor den Zehntausenden von Demonstranten zurück, denen sie vorher offen mit Gewalt gedroht hatte. Vier Jahrzehnte hatte die SED behauptet, ihre Macht sei die Macht des Volkes. Nun kapitulierte sie vor dem selbstbewussten Anspruch der Demonstranten „Wir sind das Volk“. Darum ist für mich der 9. Oktober in Leipzig der Tag der Freiheit und der 9. November dessen unausweichliche Konsequenz. Denn nach dem 9. Oktober nahmen sich die Menschen in der DDR ungefragt ihre Bürgerrechte, während sich die SED-Führung, weder in der alten, noch in der neuen Besetzung, auch nur für einen Moment, wieder stabilisieren konnte. Dass in einer solchen Situation ein so absurdes Gebilde wie die Mauer nicht mehr lange Bestand haben würde, lag doch für jeden, der vor Ort war und klar denken konnte, auf der Hand. Und so wurde die Mauer auch nicht durch einen Irrtum oder durch einen Versprecher geöffnet, sondern durch den Willen zur Freiheit, der sich seit dem 9. Oktober in Leipzig überall in der DDR und nicht zuletzt in Ostberlin immer stärker durchsetzte.

Auch für unser heutiges Thema ist das von großer Bedeutung. Denn die Kraft, die wir aus unseren Erinnerung beziehen, gewinnen wir ja nicht aus den Zufällen und Merkwürdigkeiten, unter denen es dann konkret zum Mauerfall kam. Sondern wir spüren diese Kraft in der Erinnerung an unser eigenes Handeln: Und ein ganz wesentliches Datum, jedenfalls für die Katholiken des Bistums Berlin, ist der 28. Oktober, als im Bernhard-Lichtenberg-Haus jene Versammlung der Pfarrgemeinderäte zusammenkam, die zu Beginn des Jahres beschlossen worden war. Das war eine bemerkenswerte, gelegentlich auch stürmische, weil durchaus streitbare Versammlung. Streitbar in der Formulierung dessen, was jetzt überfällig war. Streitbar aber auch darin, was in Zukunft geschehen solle. Denn darüber hatte man ja jahr-

zehntelang nicht offen reden können und darum auch oft nicht sehr gründlich nachgedacht. Jetzt aber konnte man sich frei äußern, und viele hatten auch das Gefühl, jetzt müssten sie endlich das sagen, was sie schon lange bedrückte, auch wenn ihre Vorredner schon wiederholt das Gleiche gesagt hatten. Es war, wie übrigens bei vielen Versammlungen damals, zugleich Selbsttherapie und erste Selbsterfahrung in Demokratie. Was man sich praktisch vorstellte, folgte in aller Regel einem basis- und radikaldemokratischen Ansatz. Das konnte nach vier Jahrzehnten einer zentralisierten Diktatur auch gar nicht anders sein.

Es kann denn auch nicht verwundern, wenn diese Versammlung, von der übrigens vom Ostberliner Hedwigsblatt und vom Westberliner Petrusblatt ausführlich berichtet wurde, kaum direkt umsetzbare Ergebnisse hatte – jedenfalls keine, die man anschließend getrost schwarz auf weiß nach Hause tragen konnte. Natürlich stellten die beiden Berliner Gruppen und wir aus Potsdam unsere Programme vor. Aber selbst wenn diese im Wesentlichen identisch gewesen wären, hätte es die Versammelten nicht hingenommen, wenn durch irgendeinen Beschluss der Eindruck entstanden wäre, die gerade erst begonnene und durchaus heftige und leidenschaftliche Debatte, wäre schon wieder zu Ende. Das einzige greifbare Ergebnis, das ich in meinen Erinnerungen und in meinen Notizen finde, war die Verabredung der drei genannten Gruppen, in Kontakt zu bleiben und nach einem gemeinsamen Vorgehen zu suchen. Diese Absicht zu verwirklichen war, auch wenn ich dies jetzt im Rückblick als besonnene Vergangenheit sehen wollte, so ganz einfach nicht. Immerhin brachten wir gemeinsam einen Monat später, am 28. November, eine Zusammenkunft von 42 Katholiken aus inzwischen sieben Kreisen und Initiativen zusammen, die sich als „Aktion katholischer Christen“ konstituierte. Diese wählte sich dann am 15. Dezember einen Sprecherrat und nannte sich dann ab Januar 1990 Berliner Aktionsausschuss katholischer Christen.

Den Begriff „Aktion“ hatten wir von den etwa zeitgleichen Bemühungen in Dresden, Erfurt und Görlitz übernommen, den Gedanken der katholischen Laienbewegung wieder konkrete Gestalt annehmen zu lassen. Denn dort nannte man sich „Katholische Aktion“ bzw. „Katholisch-soziale Aktion“. Freilich zeigte die Wahl dieses Begriffs, wie sehr in der damaligen DDR nach zwölf Jahren nationalsozialistischer und über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft die Erinnerung an die stolze Tradition des deutschen Laienkatholizismus vergessen und verschüttet worden war – unter Laien wie unter Priestern und Bischöfen. Denn das von Papst Pius XI. konzipierte Modell der Katholischen Aktion meinte ein bischöflich geleitetes Laienapostolat ausschließlich auf diözesaner Ebene. Das entsprach aber nicht der auf das Revolutionsjahr 1848 zurückgehenden und damals allein in eigener Verantwortung entstandenen katholischen Laienbewegung in Deutschland. Und damit auch nicht dem gut organisierten und gesellschaftlich wirkungsvollen Laienkatholizismus in der Bundesrepublik. Im Intensivkurs dieser Wochen begriffen ich und andere bald, dass wir uns mit dem Begriff der „Aktion“ auf einem Holzweg befinden könnten. Dagegen verwies der dann von uns verwendete Begriff „Aktionsausschuss“ einerseits auf den von uns selbstbestimmten neuen Anfang in der DDR, war aber doch zugleich so flexibel, uns nicht auf eine bestimmte Rechtsform festzulegen.

Ich habe übrigens die Vermutung, der Begriff der „Katholischen Aktion“ sei damals doch eher aus bischöflichen oder kurialen Bücherschränken gekommen. Womit ich nicht dem damals gelegentlich geäußerten Verdacht Nahrung geben will, die sich rasch intensivierenden Aktivitäten der katholischen Laien seien über Nacht auf bischöfliches Kommando zustande gekommen. Das ist nach meiner durchaus soliden Kenntnis der damaligen Entwicklung eine völlig abwegige Unterstellung. Für den gerade erst im September 1989 in sein Amt eingeführten Bischof von Berlin, Georg Sterzinsky, kann ich dankbar sagen, dass er unsere Bemühungen wohlwollend aufnahm und, wenn wir ihn darum baten, konkret unterstützte, er in diese jedoch nicht intervenierte oder gar versuchte, sie in eine bestimmte Form zu lenken. Er setzte darauf, dass die Laien als erwachsene und erfahrene Menschen schon den richtigen Weg finden würden.

Drei Aufgaben sahen wir im Dezember 1989 als besonders dringend an: Die Vernetzung der sich bildenden Laienkreise im Bistum voranzutreiben, mit den neuen Laieninitiativen in den

anderen Bistümern und Jurisdiktionsbezirken in Kontakt zu kommen und für eine Repräsentanz am Zentralen Runden Tisch zu sorgen. Ein erstes Ergebnis der DDR-weiten Verständigung war der Auftrag an uns in Berlin, die entstehende katholische Laienbewegung an diesem Ort der öffentlichen Debatte sichtbar zu machen. Einen Platz mit Stimmrecht erhielten wir zwar nicht, aber doch eine Beobachterposition, die ich, gemeinsam mit Bernd Streich, wahrnahm und dort dann auch unsere katholische Position zur Bildungspolitik vortragen konnte.

Zugleich mussten wir aber den Anspruch erst noch einlösen, wirklich so etwas wie eine organisierte katholische Laienbewegung zu sein. Am 13. Januar 1990 trafen sich Vertreter aus fast allen Jurisdiktionsbezirken, wie wir damals sagten, in Dresden. Berlin vertraten Bernd Streich, Klaus Ullrich und ich. Und nach einem mehrstündigen und intensiven Gespräch fassten wir einmütig den Entschluss, einen Gemeinsamen Aktionsausschuss katholischer Christen in der DDR zu gründen, dessen Ziel die Koordination und Kooperation unserer gesellschaftlichen Aktivitäten und der Aufbau von Strukturen der Laienarbeit sein sollte. Ein Gefühl für den damaligen Willen zum selbstbestimmten Neubeginn vermittelt vielleicht die – heute nur noch anekdotische – Erinnerung, dass mein zunächst eingebrachter Vorschlag, einen „Zentralen Aktionsausschuss katholischer Christen“ zu gründen, nur wenig Zustimmung fand. Nein, von Zentrale hatte man genug. Und irgendjemand dazu zu bevollmächtigen, für andere zu sprechen und zu handeln, wollte man auch nicht. Erst, als jemand den guten Einfall hatte, stattdessen einen „Gemeinsamen Aktionsausschuss katholischer Christen“ zu bilden, wurden wir uns plötzlich ganz rasch einig.

Am 17. Februar 1990 trafen wir uns erneut, diesmal in Berlin, um einen Aufruf zu den für den 18. März angesetzten Volkskammerwahlen zu beraten und zu beschließen – also zu den ersten Volkskammerwahlen, die diesen Namen verdienten und die dann geschichtlich ein wichtiger Schritt, wenn nicht sogar der entscheidende Schritt auf dem Wege zur deutschen Einheit werden sollten. Dieser Aufruf, dem sich dann auch unsere Bischöfe anschlossen, ist ein Text, zu dem wir uns auch fast zwanzig Jahre später bekennen können, was ganz gewiss nicht für alles gilt, was damals gesagt und geschrieben wurde. Gleich am Anfang erinnerten wir „in besonderer Verbundenheit ... an den selbstlosen Dienst, den evangelische Christen während des schwierigen Weges zu dieser Wende auf sich genommen haben.“ Wir würdigten die Ökumenische Versammlung als „ein unübersehbares Zeichen auf dem Weg zur Umkehr und zu einem neuen Beginn“ und fügten hinzu:

„Wir sind froh, dass auch katholische Christen in dieser Versammlung, in den entscheidenden Tagen des Herbstes 1989 und in den langen Jahren davor durch ihr Zeugnis dazu beitrugen, dass das Licht der Liebe und der Wahrheit aus Gottes frohmachender Botschaft nicht verlosch. Dennoch müssen wir bekennen, dass viele von uns es oft für ausreichend hielten, zu einem Staat, den sie nicht errichtet hatten, und zu einer Gesellschaft, die sie nicht mitgestalten konnten, auf Distanz zu gehen statt sich einzumischen, wenn es galt, Lüge und Ungerechtigkeit entgegenzutreten. Nicht zuletzt wollen wir daher an jene bedrückend große Zahl von Menschen erinnern, die in ihren Hoffnungen betrogen, in ihren Idealen missbraucht, in ihren Rechten eingeschränkt und um ihr Eigentum gebracht worden sind. Unsere besondere Achtung gilt allen, die ihrer Freiheit beraubt wurden und die ihr Leben verloren.“

In voller Wahrung der auch unter Katholiken bestehenden Meinungsvielfalt gaben wir dann für die bevorstehende Wahl „einige Überlegungen und Gesichtspunkte“ zu bedenken und begannen mit einer Mahnung zum Realismus: „Die Bürger dieses Landes durchleben zur Zeit ein Wechselbad von Euphorie und Panik. Einige erwarten von der nationalen Einigung eine kurzfristige Lösung aller Probleme. Andere sehen jahrzehntelange Sicherheiten und Gewohnheiten bedroht und sorgen sich um ihre soziale Stellung und um ihre wirtschaftliche Existenz. Als katholische Christen sollten wir beiden Haltungen in Nüchternheit widerstehen. Wir wissen, dass die deutsche Einheit nicht mit einem Schlage alle Probleme lösen kann, sondern zwangsläufig auch Schwierigkeiten und Härten mit sich bringen wird. Zugleich wissen wir, dass eine rechtsstaatliche Ordnung und eine soziale und ökologisch orientierte Marktwirtschaft in ganz Deutschland eine Fülle von Chancen mit sich bringen wird, die es

verantwortbar und in solidarischer Haltung zu nutzen gilt.“ Und wir fügten hinzu: „Christen können ihre Wertmaßstäbe nicht am individuellen Wohlstand festmachen. Die Frage lautet vielmehr: Wie können Rechte und Möglichkeiten für alle garantiert und wie kann soziale Angst und wirtschaftliche Not verhindert werden?“

Ausdrücklich bekannten wir uns zu gesellschaftlichen Grundwerten, „die das Leben des einzelnen und der Gemeinschaft bestimmen. Mit allen Menschen guten Willens wollen wir Christen uns einsetzen für Wahrhaftigkeit, Gemeinsinn, Verantwortungsbewusstsein und Rücksichtnahme. An diesen Werten muss jedes Streben nach gesellschaftsgestaltender Macht und nach persönlicher Selbstverwirklichung seine Grenzen finden.“ Im Blick auf unsere Nachbarn betonten wir, dass „wir Deutschen ... durch unsere Geschichte in besonderer Weise verpflichtet (sind), unsere staatliche Existenz so zu gestalten, dass es dem friedlichen Zusammenleben der Völker dient.“ In der „Achtung der Menschenrechte“ sahen wir das „Fundament jedes Gemeinwesens“. Diesen Grundsatz konkretisierten wir in zweifacher Weise für unsere Situation: „Ein Maßstab für den Geist jedes Gemeinwesens ist der Umgang mit Andersdenkenden, insbesondere mit einer Minderheit von Andersdenkenden. Wir Christen – evangelische und katholische Christen zusammen – sind heute in dieser Gesellschaft eine solche Minderheit. Daher halten wir es für gerechtfertigt, auch auf unsere rechtliche und tatsächliche Stellung in der Gesellschaft zu achten. Diese Stellung wollen wir nicht als Privileg, sondern wir wollen uns zugleich für die berechtigten Anliegen anderer Minderheiten einsetzen.“ Und wir wiesen auf die „schwierige Aufgabe“ hin, „den Opfern und Leidtragenden der Vergangenheit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und zugleich den Tätern die Chance zur gesellschaftlichen Integration zu bieten.“, auch wenn wir mit einer solchen Haltung „zwischen die Fronten geraten“ könnten.

Wir bekannten uns zum Wert der Familie und verbanden das mit konkreten Notwendigkeiten: „Im Interesse der kommenden Generationen treten wir dafür ein, dass die Erziehung von Kindern als gleichrangige Aufgabe von Vätern und Müttern neben ihren beruflichen Leistungen anerkannt wird, z.B. durch flexible Gestaltung der Arbeitszeit, durch alternative Modelle zur Kombination von Erziehung, Beruf und Weiterbildung, durch soziale Sicherheit für Eltern, die ihre Kinder bis zum 3. Lebensjahr zu Hause erziehen wollen, durch Hilfen für alleinerziehende Mütter und Väter und für Eltern mit kranken Kindern. Wir fordern, Familien und Alleinstehende zu unterstützen, die sich der Betreuung älterer Angehöriger widmen.“ Auch ein Tabuthema der in der DDR gesellschaftlich vorherrschenden Meinung sprachen wir an: „Mit aller Kraft sollten katholische Christen gegen den Strom schwimmen und sich überall dafür einsetzen, dass der Gesellschaft wieder stärker der Wert und die Würde des ungeborenen Menschen zu Bewusstsein kommt.“ Ein wichtiges Thema war für uns auch das Bildungswesen, das „in der Vergangenheit von christlichen Eltern, Schülern und Lehrern durch seine einseitige ideologische Orientierung weithin als bedrückend empfunden worden“ war. Hier forderten wir eine wirkliche Neuorientierung des öffentlichen Schulwesens und die Zulassung kirchlicher Erziehungseinrichtungen und von Schulen in freier Trägerschaft.

Wir schlossen mit einer, wie sich erweisen sollte, realistischen Perspektive: „Im Blick auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung sehen sich viele Menschen im Spannungsfeld zwischen den Anforderungen einer Leistungsgesellschaft, der Notwendigkeit einer Solidargemeinschaft und der Sorge um die Umwelt. Hier müssen wir alle Verantwortlichen auf die Erkenntnis der Katholischen Soziallehre hinweisen, dass freie Marktwirtschaft nicht sozusagen im Selbstlauf Wohlstand für alle bringt, sondern diese zwingend eines ausgebauten Systems sozialer Sicherheiten und wechselseitiger Unterstützung als fester Komponente bedarf, um zur sozialen Marktwirtschaft zu werden. Darüber hinaus hat die erschreckende Bedrohung der Umwelt in diesem Land – wie auch anderswo – zur Erkenntnis geführt, dass die Marktwirtschaft ökologisch orientiert sein muss, wenn nicht Katastrophen unvorstellbaren Ausmaßes uns und vor allem unsere Nachkommen bedrohen sollen. In dieser Situation müssen katholische Christen jedes Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept daraufhin überprüfen, ob es den Menschen hilft und sie befähigt, den Herausforderungen einer Leistungsgesellschaft gerecht zu werden, wie es die Härten der notwendigen wirtschaftlichen Umstrukturierung vermeiden oder lindern und verkürzen will, ob es Randgruppen der Gesellschaft in den Blick

nimmt, ob es den Menschen klar sagt, dass die solidarische Hilfe für andere – hier und überall in der Welt – und die Rücksicht auf die Umwelt Konsequenzen für das Leben des einzelnen haben muss.“ Abschließend forderten wir eindringlich zur Teilnahme an der Wahl auf. Ich habe diesen Text heute noch einmal mitgebracht, damit Sie sich selbst ein Urteil bilden können.

Die Wochen vor der Wahl waren für viele von uns eine Zeit intensiver Arbeit – in der Organisation von Wahlpodien, in der Formulierung von Wahlprüfsteinen und in vielem mehr. Ich entsinne mich mehrerer Diskussionsveranstaltungen im überfüllten großen Saal des Bernhard-Lichtenberg-Hauses. Einmal waren so viele gekommen, dass Prälat Gerhard Lange, „als Mitglied des Domkapitels“, wie er sagte, die Verantwortung auf sich nahm, in die Hedwigskathedrale umzuziehen. Dieses Stück Erinnerung wird ihm hoffentlich nicht noch nachträglich Ärger einbringen.

Die Wochen nach der Wahl und nach der mit ihr getroffenen geschichtlichen Entscheidung waren eine Zeit intensiver Vorbereitung auf eine von uns gewollte, aber doch völlig neue Situation. Selbstverständlich hatte sich in diesen Monaten das Gespräch und die Zusammenarbeit zwischen den beiden bisher getrennten Teilen des Bistums ständig verstärkt. Und in einer gewissen Weise kann man für die jetzt folgende Zeit sagen, dass das Bistum Berlin sogar einen gewissen Vorteil aus seiner unvergleichlichen und bisher eher belastenden Situation der vergangenen Jahre zog: Einerseits war sein rechtlicher Status völlig klar und von keiner noch ungewissen kirchenrechtlichen Entscheidung abhängig, andererseits verband es die beiden so gegensätzlichen Erfahrungs- und Erinnerungswelten der letzten Jahrzehnte in einer kirchlichen Einheit. Ich weiß sehr wohl, dass dies in der Folgezeit auch zu mancher Belastung und Enttäuschung führen sollte und manche Wunde auch in dem einen Bistum nicht heilen will. Dennoch erwies sich die enge Nachbarschaft von Unterschieden und Gegensätzen jedenfalls für die Laienarbeit in vielem auch als ein Gewinn. Hier konnte der Osten von den Erfahrungen des Westens profitieren. Und die bisher auf den Westen beschränkten Strukturen erhielten neue Impulse aus dem Osten.

Ein gutes Beispiel für Kontinuität und Neuanfang scheint mir dieses Gremium, das sich aus dem in vielen Jahren eingeübten Westberliner Diözesanrat und dem Ostberliner Entschluss zu einem richtigen Diözesanrat als Zwischenschritt bereits 1990 als gemeinsamer Diözesanrat der Katholiken im Bistum Berlin neu konstituierte. So war Berlin das erste Bistum im Osten Deutschlands, das einen funktionierenden Katholikenrat nach dem von der Würzburger Synode entwickelten Modell hatte, welcher überdies Ost- und Westererfahrungen in sich vereinte. Und zur ermutigenden Bekräftigung des neuen Miteinanders von Katholiken aus dem Osten und dem Westen dieser Stadt und des ganzen Landes wurde dann im Mai 1990 der 90. Deutsche Katholikentag, der zunächst nur für Westberlin gedacht worden war und nun nach drei Jahrzehnten der Trennung wieder zu einem gesamtdeutschen Katholikentag wurde.

Für die Älteren unter uns ist alles das mehr oder weniger entfernte Erinnerung. Für die Jüngeren ist es eine Erzählung über eine Zeit, die vor ihrem eigenen Erleben liegt. Für beide hat die Geschichte ihren unverzichtbaren Wert. Denn die Geschichte wirkt und handelt in Zeiträumen, die viele Menschenleben überspannen. Manchen mag sie wie eine sinnlose Abfolge von Ereignissen sein. Wer näher hinsieht, erkennt Chancen und Gefahren, Mut und Versagen, Verzweiflung und neuen Anfang. Dies ist die Zeit, welche die Seelen erprobt, schrieb Thomas Paine einst über die Zeit der amerikanischen Revolution. Auch der revolutionäre Herbst von 1989 war eine solche Zeit. Darum kann uns die Erinnerung daran zur Kraft werden.